

AN

Das [kultusamt@bka.gv.at](mailto:kultusamt@bka.gv.at)

An den Nationalrat, Parlamentsdirektor Herr Harald Dossi [harald.dossi@parlament.gv.at](mailto:harald.dossi@parlament.gv.at)

In Kopie an: [services@parlament.gv.at](mailto:services@parlament.gv.at)

An die Kanzlei des Nationalrats Frau Veronika Eigner [veronika.eigner@parlament.gv.at](mailto:veronika.eigner@parlament.gv.at)

VON

Verein SOMM – Selbstorganisation von und für Migrantinnen und Musliminnen

Wielandgasse 23

8010 Graz

[kontakt@somm.at](mailto:kontakt@somm.at)

Betreff: Stellungnahme zur Änderung des Islamgesetzes 1912.

### STELLUNGNAHME zum ENTWURF des NEUEN ISLAMGESETZES

Unsere Selbstorganisation verurteilt den Entwurf zum Neuen Islamgesetz.

Der Entwurf stellt MuslimInnen unter Generalverdacht und degradiert sie zu Menschen zweiter Klasse.

SOMM arbeitet mit vielen Frauen, die Migrationshintergrund haben und Musliminnen sind.

Uns geht es darum, das Netz von Mehrfachdiskriminierung durch Selbstorganisierung, Solidarität und Bildung von Allianzen zu durchbrechen.

Wenn ein Islamgesetz gemäß diesem Entwurf verabschiedet wird, bedeutet dies einen gewaltigen Rückschlag für all die Anstrengungen um Antidiskriminierung, Chancengleichheit und Partizipation, die auch unsere Organisation geleistet hat.

Wenn MuslimInnen in eine Position gedrängt werden, in der sie eine "positive Grundeinstellung gegenüber Gesellschaft und Staat" bestätigen müssen (in §4 Abs. 3), ist das eine Vorverurteilung und Verhängung des Generalverdachts gegenüber muslimischen Gläubigen, so als sei es für sie nicht selbstverständlich positiv gegenüber Gesellschaft und Staat eingestellt zu sein.

Für keine andere Religionsgemeinschaft gibt es eine solche Phrase. Dabei ist das nur eine Passage, die stellvertretend für Diskriminierung und Ungleichbehandlung von MuslimInnen im Vergleich mit anderen anerkannten Religionsgemeinschaften steht.

Muslimische Frauen und Mädchen, die mehrfach diskriminiert werden und mit großen Hürden beim Zugang zu Bildung und Arbeitsmarkt zu kämpfen haben, wird mit dieser Generalverdächtigung ein weiterer Stein in den Weg Richtung Gleichbehandlung und Partizipation in den Weg gelegt.

Zugleich wird durch solche Vorverurteilung der Weg für Kriminalisierung von muslimischen Jugendlichen geöffnet. Wie wir aus unserer täglichen Praxis im Umgang mit muslimischen und migrantischen Schülerinnen wissen, sind sie oft und intensiv mit Diskriminierung durch das Lehrpersonal konfrontiert. Das hängt mit dem negativ konnotierten Bild über MuslimInnen und MigrantInnen zusammen, das u.a. über eine unaufgearbeitete historische Tradition in Schule und Gesellschaft systemisch verankert ist. Es fehlt LehrerInnen oft an Sensibilisierung und Aufklärung, an multikultureller und – religiöser Toleranz. Der Aufruf, dass PädagogInnen die Polizei einschalten

sollen, wenn ein Verdacht auf Radikalisierung besteht, verführt dazu, muslimische SchülerInnen von vorneherein als suspekt zu betrachten, sie in radikal/nicht-radikal einzuteilen und bei Fehlverhalten vorschnell zu sanktionieren bzw. auszusondern. Das Vertrauensverhältnis zwischen LehrerInnen und SchülerInnen wird damit ausgehebelt! Der richtige Weg wäre, wie bei anderen SchülerInnen auch, SozialarbeiterInnen einzuschalten und die vielschichtigen Hintergründe auszuleuchten, die zu Auffälligkeiten führen.

Generell schadet ein Klima in den Schulen, das Vorverurteilung und Kriminalisierung anheizt, den Jugendlichen und in Folge unserer Gesellschaft am allermeisten.

In unserer Arbeit wollen wir Frauen und Mädchen ermutigen, sich für ihre Rechte einzusetzen und Partizipation durch gesellschaftliches Engagement zu leben.

Mit dem Entwurf zum neuen Islamgesetz sehen wir uns in unserer Arbeit ignoriert und vor den Kopf gestoßen. Daher lehnen wir diesen Entwurf samt und sonders ab und fordern die Neuverhandlung des Gesetzes.

Wir meinen, dass politisch rechtsgesinnte Verantwortliche gegenwärtige Unsicherheiten und Brüche in ökonomischen und gesellschaftlichen Situationen nützen wollen, um – auf Kosten von MuslimInnen - vermeintliche Sicherheiten zu schaffen.

Dies ist ein gefährliches Vorgehen, weil es Feindbilder schafft und Scheinlösungen durch Sündenbockmechanismen bewirbt. So wird die Gesellschaft polariert anstatt ein respektvolles Zusammenleben in Vielfalt vorangebracht.

In Zeiten zunehmender Angriffe auf Flüchtlinge, muslimische Frauen und zunehmender öffentlicher und institutioneller Diskriminierung fordern wir – wie andere ExpertInnen auch - eine Adaption des Gleichbehandlungsgesetzes hinsichtlich Islamfeindlichkeit und einen entsprechenden Paragraphen im neu zu verhandelnden Islamgesetz. Denn wir wollen weiterhin in einer sicheren Heimat leben, in der unsere Kinder gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft sind. Österreich hat in ganz Europa eine Vorbildfunktion, auf Grund des Islamgesetzes von 1912. Wir schätzen diese positive Grundhaltung, weil wir damit als Teil der österreichischen Gesellschaft anerkannt werden und unsere Religion respektiert wird.

Wir als Selbstorganisation von und für Migrantinnen und Musliminnen erachten als dringend notwendig,

- dass der Islam den anderen staatlichen Religionsgesellschaften gleichgestellt wird,
- dass muslimische Vereine/Verbände sich nach freiem Wunsch und Entscheid selbst organisieren können und ihre Autonomie gewahrt wird
- dass Maßnahmen gegen Islamfeindlichkeit, Diskriminierung und Rassismus gesetzlich verankert werden

Wir fordern die bisher verhandelnden Instanzen auf

- die muslimische Selbstorganisationen, Jugend und Zivilgesellschaft in den Verhandlungsprozess für ein neues Gesetz auf Augenhöhe einzubinden

DSAin Roswitha Al-Hussein  
SOMM- Selbstorganisation von und für Migrantinnen und Musliminnen  
Graz/Steiermark